

## **Niederschrift**

---

**HAUPT/IX/023**

**Hauptausschuss der Stadt Korschbroich**

**Donnerstag, 28.03.2019, 18:00 Uhr**

**Ratssaal, Don-Bosco-Str. 6, 41352 Korschbroich**

### **Tagesordnung**

#### **I. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

#### **II. Öffentlicher Teil**

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Bericht über die allgemeine Kriminalitätsentwicklung in der Stadt Korschbroich  
Referentin: Frau PHK'in Claudia Suthor
4. Ausbildungsstellen für das Jahr 2020  
Vorlage: IX/1110
5. Bericht über die Personalkosten für Mehrarbeit, Überstunden, Zeitzuschläge so-wie den Aufwand für Rückstellungen für Resturlaub und Zeitguthaben  
Vorlage: IX/1111
6. Ausbildungsstellen für das Jahr 2020 im Bereich Kindertagesstätten  
Vorlage: IX/1113
7. Zwischenbericht zum Fuhrparkmanagement der Stadtverwaltung Korschbroich  
Vorlage: IX/1116
8. Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln zur Beschaffung eines Hilfeleistungs-Löschfahrzeugs HLF 10 für die Löschgruppe Herrenshoff  
Vorlage: IX/1130
9. Mitteilungen
10. Anfragen von Ausschussmitgliedern

**III. Nichtöffentlicher Teil**

1. Interkommunaler Austausch zum Thema "Digitale Gremienarbeit"  
Vorlage: IX/1107
2. Versetzung eines Beamten in den Ruhestand  
Vorlage: IX/1112
3. Mitteilung über die Vergabeentscheidung gemäß § 6 Abs. 5 der Vergabeordnung der Stadt Korschenbroich
4. Stundungen, Niederschlagung, Erlass von Geldforderungen
5. Mitteilungen
6. Anfragen von Ausschussmitgliedern



## **Niederschrift**

Der Ausschussvorsitzende Marc Venten eröffnet die 23. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Korschenbroich und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Weiter stellt er fest, dass der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beschlussfähig ist.

Einwendungen werden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt Bürgermeister Marc Venten vor, auf Vorschlag der Verwaltung, gemäß § 11 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse die Tagesordnung um den Punkt II./8. „Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln zur Beschaffung eines Hilfeleistungs-Löschfahrzeugs HLF 10 für die Löschgruppe Herrenshoff“ im Wege der Dringlichkeit zu erweitern.

Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beschließt einstimmig die Tagesordnung wie folgt zu erweitern:

### **Öffentlicher Teil**

II./8. Tischvorlage IX/1130

Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln zur Beschaffung eines Hilfeleistungs-Löschfahrzeugs HLF 10 für die Löschgruppe Herrenshoff

Die Nummerierung der ursprünglichen Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

### **I. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

### **II. Öffentlicher Teil**

#### **1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin**

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird die Stadtinspektorin Carolin Kreuels einstimmig bestellt.

#### **2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Als Mitglied zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

#### **3. Bericht über die allgemeine Kriminalitätsentwicklung in der Stadt Korschenbroich Referentin: Frau PHK'in Claudia Suthor**

Bürgermeister Marc Venten begrüßt die Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor.

Diese dankt für die freundliche Begrüßung und erläutert, dass sie seit dem 01.03.2019 die neue Dienststellenleiterin in Korschenbroich sei. Bisher habe sie einen sehr positiven Eindruck von der Zusammenarbeit von Polizei und Stadtverwaltung sowie Bürgerinnen und Bürgern. Sie sei überall herzlich empfangen worden. Weiter stellt sie den Bericht über die allgemeine Kriminali-

tätsentwicklung in der Stadt Korschenbroich vor. Hierbei hebt sie zusätzlich positiv hervor, dass es im Bereich der Gewaltkriminalität drei Festnahmen durch eine Streife nach einem Überfall in Liedberg gegeben habe. Zudem ergänzt sie den Bericht um Zahlen zu Tatverdächtigen und Automatenaufbrüchen. Anschließend stellt sie den dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügten Unfallentwicklungsbericht vor und dankt abschließend für die Aufmerksamkeit.

Bürgermeister Marc Venten dankt der Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor für die Vorstellung des Berichtes. Dieser falle für Korschenbroich positiv aus, da die Kriminalität zurückgegangen sei und Korschenbroich die niedrigste Kriminalitätsquote im Rhein-Kreis Neuss verzeichne. So stehe Korschenbroich auch in den einzelnen Bereichen immer an letzter oder vorletzter Stelle.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) heißt die Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor willkommen und spricht ihr seinen Dank aus. Er sei froh, dass die Stelle besetzt sei und wünsche ihr viel Glück. Weiter erkundigt er sich nach den Hintergründen für den Rückgang der Wohnungseinbrüche, was die Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor damit begründet, dass das Thema verstärkt in der Presse aufkomme. Zudem werde Präventionsarbeit in Form von Beratungsgesprächen geleistet, was immer mehr genutzt und die Hinweise befolgt würden.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) fragt weiter, ob die Annahme, dass die Aufklärungsquote im Vergleich nicht aussagekräftig ist, da eine Abgrenzung zwischen den Städten schwierig ist, richtig sei, was die Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor bejaht. Oft handele es sich um überregionale Täter. Sie hoffe auf den weiteren Rückgang der Kriminalität.

Das Ausschussmitglied Peter Berger (CDU) erkundigt sich, ob es sich bei der B230 nach deren Rückbau um einen Unfallschwerpunkt handele.

Die Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor bejaht, dies und führt weiter aus, dass dieses Thema auch regelmäßig in einer Unfallkommission, zuletzt im Januar 2019, besprochen werde.

Das Ausschussmitglied Peter Berger (CDU) regt an, dies weiter zum Thema zu machen und die Situation zu optimieren. Weiter erkundigt er sich, ob Informationen aus der Unfallkommission an die Politik weitergegeben werden könnten, was die Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor zusagt.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny (SPD) dankt der Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor für ihren Bericht und stellt heraus, dass die Zahlen sehr positiv seien. Er erkundigt sich, wie stark Streifen nachts unterwegs seien, um Vandalismus an den S-Bahn-Stationen vorzubeugen. Zudem erkundigt er sich nach Unfallschwerpunkten mit Radfahrern und Kindern und bittet entsprechende Informationen an Politik und Verwaltung weiterzugeben, um entsprechend eingreifen zu können und bspw. Radwege aufzuheben.

Die Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor erklärt, dass die Polizeiwache in Korschenbroich 24 Stunden besetzt sei und bei größeren Einsätzen auch Unterstützung aus umliegenden Kommunen anfordern könne und auch anfordere. Zudem seien Tag und Nacht zivile Streifen unterwegs.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny (SPD) fragt, ob es zusätzliche Fahrten an Schwerpunkten wie den S-Bahn-Stationen geben, woraufhin die Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor erläutert, dass es sog. Lagebilder geben, anhand derer Schwerpunkte ausgemacht und dort zusätzliche Streifen eingesetzt würden. Ähnlich sei das Vorgehen bei den Unfallschwerpunkten mit Kindern und Radfahrern. Entsprechende Berichte würden immer an die Stadtverwaltung weitergeleitet.

Das Mitglied mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 GO NRW Bernd Makowiack (UL-Li/Zentrum) heißt die Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor ebenfalls willkommen. Er hoffe auf eine gute Zusammenarbeit und fragt, wie viele Korschenbroicher unter den Tätern seien. Weiter verweist er auf einen Pressebericht, der das Thema Clankriminalität thematisiere und erkundigt sich, ob es auch in Korschenbroich Hinweise auf Clankriminalität gebe, was die Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor verneint. Bezüglich der ersten Frage werde sie die entsprechenden Informationen nachreichen.

*(Anmerkung der Verwaltung: Die Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor teilt Folgendes mit:*

*„Von den insgesamt 514 ermittelten Tatverdächtigen waren (wie bereits vorgetragen):*

- 402 männlich*
- 112 weiblich*
- 130 Nichtdeutsche*
- 111 Tatverdächtige unter 21 Jahre*
- 55 Tatverdächtige zwischen 18 und 21 Jahre*
- 42 Tatverdächtige zwischen 14 und 17 Jahre*
- 14 Kinder*

*Von den insgesamt 514 ermittelten Tatverdächtigen waren:*

- 251 aus der Tatortgemeinde (nur bezogen auf die Straftaten, die auch in Korschenbroich begangen wurden)*
- 43 aus dem Landkreis des Tatorts (Rhein-Kreis Neuss)*
- 162 aus dem übrigen NRW*
- 16 aus anderen Bundesländern*
- 12 aus dem Ausland*
- 40 ohne / mit unbekanntem Wohnsitz“)*

Auch das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) heißt die Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor willkommen. Er verweist auf einen Pressebericht mit dem Thema „Elterntaxi“, also Eltern, die ihre Kinder mit dem Auto bis zur Schule brächten. Das Fazit des Artikels sei aus seiner Sicht, dass man nichts machen könne. Er fragt, ob Kontrollen stattfänden oder geplant seien.

Die Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor berichtet, dass vor einer Woche eine Besprechung zum Thema stattgefunden habe und die Schulwegkommission sich am 28.03.2019 an der Schule getroffen habe. Die Polizei sei von 7.00 bis 8.30 Uhr vor Ort gewesen und habe Maßnahmen ergriffen.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach merkt an, dass auch in Herrenshoff bereits Kontrollen stattgefunden hätten und regelmäßig stattfänden. Der Pressebericht sei zum „Wachrütteln“ gewesen.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers fügt hinzu, dass die Situation an der Grundschule in Pesch am 28.03.2019 unauffällig gewesen sei.

Die Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor ergänzt, dass bei der Kontrolle am 28.03.2019 nur eine Maßnahme getroffen werden musste.

Das Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter (CDU) erkundigt sich, ob es richtig sei, dass die Polizei jedem Kaufhausdiebstahl nachgehe, was die Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor bejaht. Zum Hintergrund seiner Frage erklärt das Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter (CDU), dass ihm zugetragen worden sei, dass die Lebensmittelgeschäfte auf dem Matthias-

Hoeren-Platz Diebstähle nicht mehr melden würden, da die Polizei nicht mehr komme oder die Zeit bis zum Eintreffen zu lang sei.

Die Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor erklärt, dass sie sich nicht vorstellen könne, dass niemand komme. Es sei möglich, dass eine Streife anders gebunden sei, sodass es dauern könne, bis diese vor Ort eintreffe. Es werde aber alles aufgenommen.

Das Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter (CDU) erkundigt sich nach der polizeilichen Einschätzung der Öffnung von Einbahnstraßen für Radfahrer.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach erklärt, dass dies Thema im Ausschuss für Bau und Verkehr gewesen und der Tagesordnungspunkt vertagt worden sei.

Die Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor sichert zu, entsprechende Informationen nachzureichen.

*(Anmerkung der Verwaltung: Die Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor teilt Folgendes mit: „Die Freigabe von Einbahnstraßen für Radfahrer sollte immer einer Einzelfallprüfung durch die Kommune unterliegen. Auf Anfrage wird die Polizei gerne beratend tätig.“)*

Das Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter (CDU) schließt sich den guten Wünschen seiner Vorredner an.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) dankt der Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor und heißt sie willkommen. Er bittet darum die Ergebnisse der Schulwegkommission dem Ausschuss zur Kenntnis zu geben und darum, nachzufragen, warum Korschenbroich im Einbruchsradar für den Rhein-Kreis Neuss der Kreispolizeibehörde nicht zu finden sei.

Die Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor sichert zu, dem nachzugehen.

*(Anmerkung der Verwaltung: Die Ergebnisse der Schulwegkommission sind dieser Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.)*

*Die Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor teilt Folgendes mit: „Grundsätzlich wird auch für die Stadt Korschenbroich ein Einbruchsradar angezeigt. Immer dann, wenn ein Einbruch stattgefunden hat, wird dieser in der wochenweise Betrachtung auf der Karte entsprechend markiert. Haben in der angezeigten Woche keine Einbrüche in Korschenbroich stattgefunden, wird ‚der Rand‘ der Karte abgeschnitten, um die anderen, betroffenen Regionen deutlicher/übersichtlicher anzeigen zu können (gleiches gilt z.B. für Meerbusch, da es auch ‚am Rand‘ liegt). Sobald aber eine Tat vorliegt, wird sie auch entsprechend angezeigt.“)*

Bürgermeister Marc Venten versichert, die Ergebnisse der Schulwegkommission für den Ausschuss aufzubereiten. Er schließt sich den Wünschen der Fraktionen an die Polizeihauptkommissarin Claudia Suthor an und überreicht ihr ein Präsent.

#### **4. Ausbildungsstellen für das Jahr 2020**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Sitzungsvorlage.

##### Beschluss-Nr. IX/1110

Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beschließt, für das Jahr 2020 folgende Ausbildungsstellen anzubieten:

2 Ausbildungsstellen Inspektoranwärterin / Inspektoranwärter (w/m/d)

- 2 Ausbildungsstellen Verwaltungsfachangestellte / Verwaltungsfachangestellter (w/m/d)  
1 Ausbildungsstelle Kanalbauer (w/m/d)

## **5. Bericht über die Personalkosten für Mehrarbeit, Überstunden, Zeitzuschläge so-wie den Aufwand für Rückstellungen für Resturlaub und Zeitguthaben**

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass die Vorstellung der Übersicht ein Ergebnis der Haushaltsberatungen sei.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) fragt, wie eine Rufbereitschaft ohne Einsatz angerechnet werde, wie sich der nicht bilanzielle Stand der Rückstellungen vom bilanziellen unterscheide und nach einer Regelung, nach welcher sich richtet, ob Überstunden vergütet oder als Freizeitausgleich gewährt werden.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erklärt, dass der Unterschied zwischen dem bilanziellen und nicht bilanziellen wie der im letzten Jahr sei. Beim bilanziellen Stand seien die Zu- und Abgänge bereits berücksichtigt. Die Antworten zu den anderen Fragen reiche er nach.

*(Anmerkung der Verwaltung: Der Beigeordnete Stadtkämmerer teilt Folgendes mit:*

*„Gemäß Dienstvereinbarung über die Arbeitszeit werden angeordnete Überstunden und Mehrarbeitsstunden grundsätzlich durch Freizeitausgleich abgegolten. Eine Auszahlung von diesen ist nur in Ausnahmefällen zulässig (z.B. Renteneintritt).*

*Die Abgeltung von Rufbereitschaft richtet sich nach § 8 Abs. 3 TVöD-VKA. Für ganze Tage werden Pauschalen je nach Entgeltgruppe und Wochentag gezahlt; für Rufbereitschaften unter 12 Std. werden 12,5 % des tariflichen Stundenentgeltes pro Stunde Rufbereitschaft gezahlt.“)*

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) erkundigt sich nach einem Konzept zum Abbau der Überstunden. Eine Erhöhung des Lohns führe zu Mehrkosten. Zudem fragt er, wodurch der Resturlaub beim Abwasser- und Stadtpflegebetrieb weiter gesteigert wurde. Dies sei für ihn überraschend.

Bürgermeister Marc Venten bittet darum, die zweite Frage im gemeinsamen Betriebsausschuss für die Eigenbetriebe der Stadt Korschenbroich „Städt. Abwasserbetrieb“ und „Stadtpflege“ zu stellen, woraufhin das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) wiederum bittet, die Frage an den technischen Betriebsleiter Thomas Kochs weiterzugeben und die Antwort dem Protokoll der Sitzung beizufügen.

*(Anmerkung der Verwaltung: Die kaufmännische Betriebsleiterin der Eigenbetriebe der Stadt Korschenbroich „Städt. Abwasserbetrieb“ und „Stadtpflege“ teilt Folgendes mit:*

*„Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr wurden mehr neue Rückstellungen gebildet für die zum 31.12.2018 noch nicht genommenen Urlaubstage. Zahlreiche Beschäftigte haben die ihnen zustehenden Urlaubstage zum Bilanzstichtag noch nicht vollständig aufgebraucht und höhere Resturlaubsbestände aufgebaut. Die Veränderungen zum Vorjahr begründen sich zum Teil durch die Personalstruktur. Die Altersstruktur des Personalbestandes verschiebt sich hin zu höheren Altersklassen und höherer Krankheitsanfälligkeit. ‚Ältere‘ Beschäftigte waren häufiger krank als die jüngeren Kollegen. Die Dauer der Arbeitsunfähigkeit pro Krankheitsfall war höher. Häufige Kurzerkrankungen sowie lang andauernde Erkrankungen führten zu gestiegenen Ausfalltagen, so dass erkrankte Mitarbeiter/innen demzufolge keinen Urlaub nehmen konnten.*

*Erhöhte Rückstellungen mussten auch für Überstunden gebildet werden. Dabei macht sich auch die weiter steigende Anzahl der Überstunden der Mitarbeiter/innen (u.a. für Abwasser-*



*Rufbereitschaft, Winterdienst-Rufbereitschaft, Beerdigungen, Schützenfeste, Citylauf, Beflaggung) bemerkbar. Ein zeitnaher Überstundenabbau durch Freizeitausgleich ist oftmals betrieblich bedingt nicht möglich, da ansonsten andere Arbeiten nicht bzw. nur verzögert hätten durchgeführt werden können (z.B. Vertretungsbedarf, Verzögerungen im Betriebsablauf).“*

Zu den bestehenden Überstunden führt Bürgermeister Marc Venten aus, dass die Verwaltung personell unterbesetzt sei und so zwangsläufig Überstunden aufgebaut würden. Mit einer Zwangsschließung über Weihnachten im letzten Jahr habe man eine Maßnahme zur Reduzierung der Überstunden ergriffen, welche auch den gewünschten Effekt erzielt habe. Die Verwaltung werde mit immer mehr Aufgaben betraut, was zu Überstunden führe. Zudem sei die Stadt Korschenbroich personell eng besetzt.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers ergänzt, dass die durchschnittliche Überstundenzahl pro Mitarbeiter die Gesamtzahl relativiere. Zudem erfolge bei Überschreiten der Höchstzahl am Monatsende eine Kürzung der Überstunden durch die Amtsleiter. Am Jahresende erhalte er zusätzlich eine Übersicht pro Person und habe bei Bedarf nach und fordere die Amtsleiter auf, darauf zu achten.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) halte auch die Entwicklung in den Kindertagesstätten für interessant und stellt fest, dass möglicherweise Personal fehle.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers entgegnet daraufhin, dass der Durchschnitt pro Person bei fünf Tagen liege. Es sei gesetzlich geregelt, dass Urlaub mit in das nächste Jahr genommen werden könne.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) fordert, dass ein Personalplan erstellt werden und das Nehmen von Resturlaub angekündigt werden müsse. Weiter erkundigt er sich, ob es eine Idee gebe, wie die Mehrarbeit aufgefangen werden könnte und beschreibt das Vorgehen in größeren Behörden. Urlaub müsse ein halbes Jahr im Voraus angekündigt werden. Er regt an, mehr darauf zu achten.

Bürgermeister Marc Venten setzt entgegen, dass die Stadt Korschenbroich nicht mit einer großen Bundesbehörde vergleichbar sei. Er habe die Anregung aber aufgenommen.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) fügt hinzu, dass die Übertragung des Urlaubs in das nächste Jahr eine „Kann“-Vorschrift sei. Er erkundigt sich nach den Hintergründen und fragt, ob die Überstunden dem Willen der Mitarbeiter, der Personalknappheit oder der Besetzungssituation geschuldet seien, woraufhin der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers zusichert, entsprechende Informationen nachzureichen.

*(Anmerkung der Verwaltung: Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers teilt Folgendes mit:*

*„Hierzu wird auf die Sitzungsvorlage verwiesen, in der bereits die Gründe für die Überstunden aufgelistet werden:*

*,Im Prinzip sind dies alle geleisteten Arbeitsstunden außerhalb der üblichen Arbeitszeit (auch an Wochenenden): Teilnahme an Ausschusssitzungen, Betreuung von städtischen Veranstaltungen wie z.B. Kulturveranstaltungen, Trauungen an Wochenenden, Elternabende in den Kindertagesstätten, Winterdienste, Notfälle des Ordnungsamtes (Einweisungen in die Klinik, herrenlose Tiere, Einsatz für Obdachlose, .... ), Beseitigung von Störfällen an Kanälen, abendliche Kontrollgänge der Schulhausmeister uvm. Diese Aufzählung ist nicht vollständig. Aber alle diese Aufgaben bedingen Überstunden/Mehrarbeit.’*

*Daraus geht hervor, dass in den meisten Fällen die Überstunden nicht zu verhindern sind, da alles nach 18.30 Uhr bzw. nach der festgeschriebenen Arbeitszeit (vor allem im Kita-Bereich) und am Wochenende als Überstunden zu werten ist. Diese Festschreibung der Arbeitszeit ist auf die Dienstvereinbarung zur Arbeitszeit zurückzuführen.*

*Bei den Kindertagesstätten sind die Überstunden auf Vertretungseinsätze, Elternabende, Veranstaltungen am Freitagnachmittag und am Wochenende zurückzuführen. Außerdem müssen hin und wieder die Kolleginnen in den Kitas länger in der Einrichtung bleiben, da Kinder nicht immer rechtzeitig abgeholt werden.“)*

Bürgermeister Marc Venten weist darauf hin, dass die allgemeine Marktlage angespannt sei, aber bisher dennoch keine Schließungen in den Kindertagesstätten erforderlich gewesen seien. Der nächste Tagesordnungspunkt sei ein Anfang für die Problemlösung. Die Kinderbetreuung werde immer weiter ausgebaut, was Personal koste. Er habe zusammen mit dem Beigeordneten Stadtkämmerer Thomas Dückers jede Kindertagesstätte besucht und sich nach der Situation vor Ort erkundigt. Die Lage sei zwar angespannt, aber die Mitarbeiterinnen kämen zurecht. An dieser Stelle spricht der Bürgermeister Marc Venten ein Lob an die Mitarbeiterinnen aus.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) dankt der Verwaltung für den Bericht und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für deren Bereitschaft Überstunden zu machen. Zudem würdige er, dass die Stadt Korschenbroich bereits etwas gegen zu hohe Überstundenzahlen unternehme.

#### Beschluss-Nr. IX/1111

Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich nimmt den Bericht über die Personalkosten für Mehrarbeit, Überstunden, Zeitzuschläge sowie den Aufwand für Rückstellungen für Resturlaub und Zeitguthaben zur Kenntnis.

### **6. Ausbildungsstellen für das Jahr 2020 im Bereich Kindertagesstätten**

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass die Thematik bereits im Ältestenrat besprochen worden sei.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) bedankt sich dafür, dass seiner Anregung im Ältestenrat Folge geleistet worden sei. So sei eine Mitarbeiter-Bindung möglich. Es handele sich um eine Fehlentwicklung, Praktikanten ohne richtige Bezahlung zu beschäftigen. So könne nun eine höhere Wertschätzung und Bindung erzielt werden.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) fragt, ob die Möglichkeit bestehe, die Mitarbeiter nach der Ausbildung für eine gewisse Zeit zum Verbleib bei der Stadt Korschenbroich zu verpflichten und bittet darum, die Ausbildung ausreichend zu fördern bzw. zu bewerben, woraufhin der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers anmerkt, dass man sich sicher dem sein könne. Die Möglichkeit einer Verpflichtung werde er prüfen.

*(Anmerkung der Verwaltung: Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers teilt Folgendes mit: „Eine vertragliche Verpflichtung zur Bindung im Anschluss an die Ausbildung ist rechtlich problematisch und wird durch die Stadt Korschenbroich auch nicht als sinnvoll erachtet. Am Ende der Ausbildung (in allen Berufen) wird jeweils geprüft, ob eine Eignung für eine weitere (unbefristete) Beschäftigung gegeben ist.“)*

Das Ausschussmitglied Wolfgang Lieser (CDU) merkt an, dass es im Stadtgebiet auch andere Träger von Kindertageseinrichtungen gebe und erkundigt sich, ob diese ebenfalls an dem Förderprogramm teilnehmen könnten.

Bürgermeister Marc Venten bejaht dies und führt aus, dass hierfür die Bereitschaft, finanzielle Mittel aufzunehmen, Voraussetzung sei. Er wisse nicht, ob Kindertageseinrichtungen anderer Träger teilnehmen.

*(Anmerkung der Verwaltung: Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers teilt Folgendes mit: „In den städt. Kindertageseinrichtungen sind im lfd. Kita-Jahr bisher alle Stellen besetzt. Ab 01.04 und 01.05.2019 sind insgesamt 2 Vollzeit-Fachkraftstellen wegen Kündigung nicht besetzt. Hier kümmern wir uns um die Nachfolgeinsätze.“)*

#### Beschluss-Nr. IX/1113

Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beschließt, für das Jahr 2020 die Praxisintegrierte Ausbildung zum/zur staatlich anerkannten Erzieher/-in erstmalig anzubieten und folgende Ausbildungsstellen im Bereich der Kindertagesstätten anzubieten:

5 Ausbildungsstellen Erzieherin / Erzieher (w/m/d) in Praxisintegrierter Ausbildung

4 Ausbildungsstellen Jahrespraktikantin / Jahrespraktikant Erzieher/-in (w/m/d)

Abstimmungsergebnis:        18 Stimmen dafür  
                                      0 Stimmen dagegen  
                                      0 Stimmenthaltungen

### **7. Zwischenbericht zum Fuhrparkmanagement der Stadtverwaltung Korschenbroich**

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Sitzungsvorlage.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Lieser (CDU) erläutert, dass über das Konzept bereits vor zwei Jahren im Umweltausschuss beraten worden und dieses mittlerweile sehr konkret sei. Hierüber sei er froh. Er weist darauf hin, dass am Anschluss für E-Mobile hinter dem Rathaus oft andere KFZ abgestellt seien.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach erklärt, dass das Laden dort noch nicht möglich sei. Sobald die Möglichkeit besteht, werde dort ein entsprechendes Halteverbot für KFZ, die nicht elektrisch sind, eingerichtet.

Die Frage des Ausschussmitglieds Wolfgang Lieser (CDU), wann die Ladesäule nutzbar werde, könne der Beigeordnete Georg Onkelbach nicht beantworten.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass die Plätze in Kleinenbroich ständig anderweitig belegt seien und fragt, ob die Politessen dort kontrollieren.

Dies bestätigt der Beigeordnete Georg Onkelbach und sichert zu, diese erneut darauf hinzuweisen.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich bzgl. der Stellenanteile danach, ob eine zusätzliche Stelle geschaffen werden müsse oder eine interne Umschichtung erfolge.

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass dies noch geprüft werden müsse.

### Beschluss-Nr. IX/1116

Der Hauptausschuss nimmt den Zwischenbericht der Verwaltung zum Fuhrparkmanagement zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, diese Konzeption unter Einbeziehung/Berücksichtigung des zukünftigen Klimaschutzkonzeptes abschließend fertig zu stellen.

### **8. Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln zur Beschaffung eines Hilfeleistungs-Löschfahrzeugs HLF 10 für die Löschgruppe Herrenshoff**

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erklärt, dass Fristen eingehalten werden müssten und die Schätzung der Kosten im Vorfeld zu gering ausgefallen sei. Wie dies künftig vermieden werden kann, werde überprüft.

### Beschluss-Nr. IX/1130

Der Hauptausschuss beschließt im Wege der Dringlichkeit gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW Folgendes:

Für die Beschaffung des Hilfeleistungslöschfahrzeuges (HLF 10) für die Feuerwehreinheit Herrenshoff werden auf der Grundlage des § 83 Abs. 1 und 2 GO NRW überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 21.738,46 € bereitgestellt (ÜPL).

Der Nachweis erfolgt unter der Investitionsnummer INV32.043, Sachkonto 071150, Kostenstelle 32160, Kostenträger 02151000. Die Deckung im laufenden Jahr wird sichergestellt durch Mehreinzahlungen bei der Investitionspauschale für das Jahr 2019 gegenüber der Haushaltsplanung und wird bei der Investitionsnummer INV20.001, Sachkonto 231145, Kostenstelle 20000, Kostenträger 16011000 ausgewiesen.

Abstimmungsergebnis:        18 Stimmen dafür  
                                         0 Stimmen dagegen  
                                         0 Stimmenthaltungen

### **9. Mitteilungen**

Bürgermeister Marc Venten weist auf das Schreiben des Rhein-Kreises Neuss bzgl. der Kreismusikschule hin und teilt mit, dass am 12.03.2019 ein Gespräch stattgefunden habe. Das Ergebnis sei, dass es teurer werde, aber nicht so teuer, wie gedacht. Die Deckelung sei nicht zu halten. Für 2019 müssten 266.000 € gezahlt werden.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny (SPD) dankt für die Informationen und die geführten Verhandlungen. Das Team der Musikschule des Rhein-Kreises Neuss sei sehr engagiert. Man habe eine Verantwortung für die Schülerinnen und Schüler sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es sei ein gutes Ergebnis erzielt worden, wofür er sich bedankt. Er bittet darum, die Bezirksregierung von dem Mehraufwand von Höhe von 16.000 € zu überzeugen. Die SPD-Ratsfraktion nehme dies zustimmend zur Kenntnis.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) gibt zu bedenken, dass die Vorauszahlung von 266.000 € lediglich eine Prognose sei und die Spitzabrechnung für 2019 anders aussehen könne, woraufhin Bürgermeister Marc Venten mitteilt, dass die Spitzabrechnungen bisher fast immer positiv ausgefallen seien.

Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) prognostiziere im Vergleich zum Jahr 2019 für das Jahr 2020 eher höhere als niedrigere Ausgaben.

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass es um die Spitzabrechnung gegangen sei. Bisher habe man fast immer eine Erstattung der Vorauszahlungen erhalten. Den Ansatz für das Jahr 2020 könne man jetzt noch nicht wissen.

Das Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen (FDP) gehe davon aus, dass die Folgejahre immer über den 250.000 € liegen werden und dann immer dieselbe Diskussion geführt werde.

Bürgermeister Marc Venten weist darauf hin, dass seit dem Deckelungsbeschluss einiges passiert sei und die Vorauszahlungen seit dem Jahr 2010 trotz Kostensteigerung den Betrag von 250.000 € nicht überschritten hätten. In dem vorliegenden Schreiben sei dies alles erläutert.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) dankt für das geführte Gespräch und erkundigt sich, ob die Leistungen der Musikschule des Rhein-Kreises Neuss nun entgegen der Befürchtungen nicht zum 01.04.2019 eingeschränkt werden müssten, was Bürgermeister Marc Venten bejaht. Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) regt an, die Veränderung für das Jahr 2020 in den Haushalt einzubeziehen und darüber zu beraten. Die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen stimme der Überschreitung der Deckelung für das Jahr 2019 zu.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) bringt die Zustimmung der CDU-Ratsfraktion zur Überschreitung der Deckelung für das Jahr 2019 zum Ausdruck.

Das Ausschussmitglied Peter-Josef Fels (SPD) erinnert daran, dass die Spitzabrechnung dem Rechnungsprüfungsausschuss vorgelegt werden solle, woraufhin Bürgermeister Marc Venten darauf hinweist, dass dieser in diesem Jahr noch nicht getagt habe.

Auf Nachfrage des Ausschussmitglieds Peter-Josef Fels (SPD), erklärt Bürgermeister Marc Venten, dass die Erstattung mit der neuen Vorauszahlung verrechnet worden sei.

Das Ausschussmitglied Peter-Josef Fels (SPD) weist darauf hin, dass die Beiträge steigen könnten, wenn die Zuschüsse wegfielen, woraufhin Bürgermeister Marc Venten bestätigt, dass diese Gefahr immer bestehe.

Auf Nachfrage des Ausschussmitglieds Peter-Josef Fels (SPD) sichert Bürgermeister Marc Venten zu, dem Rechnungsprüfungsausschuss die Abrechnung der Musikschule des Rhein-Kreises Neuss zur Überprüfung zur Verfügung zu stellen.

Das Mitglied mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 GO NRW Bernd Makowiack (UL-Li/Zentrum) erklärt sich mit der besprochenen Vorgehensweise nicht einverstanden. Der Rhein-Kreis Neuss solle seine Schule auch selbst bezahlen oder alle kreisangehörigen Kommunen zur Zahlung von Anteilen verpflichten.

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass das nicht möglich sei. Die Unterhaltung einer Musikschule sei eine freiwillige Aufgabe der Städte. Nach der Kreisordnung NRW sei eine solche Zahlungsverpflichtung nicht möglich.

Das Mitglied mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 GO NRW Bernd Makowiack (UL-Li/Zentrum) bemerkt, dass er den Umgang des Rhein-Kreises Neuss nicht in Ordnung finde.

Bürgermeister Marc Venten stellt fest, dass alle Ratsfraktionen, außer der Ratsfraktion UL-Li/Zentrum ihre Zustimmung zum weiteren Vorgehen signalisiert haben.

## **10. Anfragen von Ausschussmitgliedern**

- a) Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert, dass er schriftlich Fragen zur Kommunalwahl mit der Bitte um Beantwortung in der Ratssitzung am 11.04.2019 an Bürgermeister Marc Venten gegeben habe. Die Fragen betreffen die Einteilung der Wahlbezirke durch die Änderung durch die Landesregierung und die Integration der Niers-Aue.

Bürgermeister Marc Venten weist darauf hin, dass die Änderung des Kommunalwahlrechts noch nicht beschlossen sei. Da das Gesetzgebungsverfahren noch laufe, könnten zur Ratssitzung lediglich Annahmen getroffen werden.

- b) Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich, ob sich durch die voraussichtliche Übernahme des Tarifabschlusses für Beamte Probleme mit dem Haushalt ergeben.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erläutert, dass eine Erhöhung um 2 % bereits im Haushalt berücksichtigt sei. Da es bei der Stadt Korschenbroich nur wenige Beamte gebe, handele es sich lediglich um 25.000 € Mehraufwand. Diese Summe könne voraussichtlich aufgefangen werden.

Hiermit bestätige ich, dass diese digitale Ausfertigung der Niederschrift mit dem Original übereinstimmt.

gez.  
Marc Venten  
Bürgermeister